UWG

UNABHÄNGIGE
WÄHLER
GEMEINSCHAFT SELM E.V.

UWG - Programm 2020

GroKo ablösen

Nachhaltigkeit einlösen

Inhalt

Programm der Unabhängigen Wählergemeinschaft Selm e.V. (UWG)
zur Kommunalwahl am 13. September 2020

Vorwort

Programm der UWG

1 **Menschen – Bildung und Familie – Kultur, Sport und Freizeit**

1.1 **Bürgerschaftliche Mitwirkung und soziale Gerechtigkeit**
1.2 **Qualitätsvolle Bildungs- und Familienpolitik**
1.3 **Förderung von Kultur, Sport, und Freizeit**

2 **Umwelt – Stadtentwicklung – Mobilität**

2.1 **Aktiver Umwelt-, Klima- und Zivilschutz**
2.2 **Entwicklung zu einer ökologischen Stadt**
2.3 **Förderung umweltverträglicher Mobilität**

3 **Wirtschaft – Finanzen – Arbeit**

3.1 **Regionale Wirtschaftsförderung**
3.2 **Solide und gerechte Haushaltskonsolidierung**
3.3 **Entwicklung und Förderung des Arbeitsmarktes**

Nachwort

Vorwort

„Bevor man die Welt verändert, wäre es vielleicht doch wichtiger, sie nicht zu Grunde zu richten.“
(Paul Claudel)

Am 20.Juli 1984 wurde in Cappenberg die UWG Selm e.V. gegründet. Für diese Gründung einer neuen politischen Gruppierung in Selm gab es verschiedene Auslöser. Generell gab es eine große Unzufriedenheit auf allen Politikfeldern. Einige Defizite der Selmer Kommunalpolitik stachen jedoch besonders ins Auge:

- die generell fehlende Ökologie- und Naturschutzpolitik von CDU und SPD
- die drohende Zerstörung des Stadtgebietes durch die geplante Bergbaunordwanderung und die damit einhergehende Zerstörung der Naherholungsgebiete
- die völlig unzureichende Stadtentwicklung mit ihrer willkürlichen Abrisspolitik
- die desolate Bildungs- und Kulturpolitik

Die regelmäßig guten Wahlergebnisse zeigen, dass die UWG in Selm eine ganz besondere Verantwortung hat:

- sie ist die stärkste Opposition im Selmer Stadtrat
- sie begleitet politische Prozesse unabhängig, kritisch und konstruktiv
- sie setzt sich besonders für eine nachhaltige Politik ein

Die UWG ist sich dieser Verantwortung bewusst und hat das in 36 Jahren politischer Arbeit mehrfach gezeigt.

Politik lebt zwar vom Blick nach vorne, aber dennoch werden wir an der einen oder anderen Stelle auch Entscheidungen der Vergangenheit wie die Haushaltskonsolidierung durch weitere drastische Erhöhungen von Steuern und Abgaben sowie die Abrisspolitik (z.B. Lutherschule), den Zubau in Baugebieten ohne nachhaltige Energiekonzepte, halbherzige Klimapolitik etc. kritisch bewerten, da diese Themen nach wie vor große Auswirkungen haben. Den Knackpunkt der letzten Wahlperiode: „Grundsteuersenkung“ werden wir auch weiterhin verfolgen und uns wie bisher für niedrige Kommunalsteuern einsetzen.

Eine **vordringliche Aufgabe** für die folgende Wahlperiode ist es, **die langjährige Vorherrschaft der großen Koalition in Selm** zu beenden**.** Die GroKo ist ausgelaugt und bringt kaum gute Ideen für eine ökologische, soziale und ökonomische - sprich nachhaltige - Zukunftsgestaltung unserer Stadt.

Bei der **Kommunalwahl am 13. September 2020** wird der nächste Stadtrat gewählt. Seit 2009 „regiert“ die GroKo in Selm in trauter Eintracht und hat Gebühren und Abgaben drastisch erhöht, Klimapolitik unzureichend umgesetzt, die Kommunale Kita abgegeben, attraktive Angebote für die Selmer Eltern abgebaut und die Lutherschule unter Missachtung großer Teile der Bevölkerung abgerissen.

Gegen diesen Ratsbeschuss wurde ein Bürgerbegehren in Gang gesetzt. Es wurde zwar für zulässig erklärt, aber dennoch erteilte die Verwaltung mit Zustimmung der GroKo die Abrissgenehmigung für das Schulgebäude, welche dann schnellstens umgesetzt wurde, weil angeblich die Zeit drängte. Doch dann blieb das leergeräumte Grundstück über ein Jahr lang unberührt liegen!

Es gab noch weitere diverse Abrissgenehmigungen in Bork (Marktplatz und Hauptstraße) und Selm (Pestalozzischule), die trotz qualifizierter Einwände der UWG von der GroKo durchgewunken wurden.

Wir brauchen in Selm dringend eine Politik**,** die sich an den **Bedürfnissen der Menschen** vor Ort ausrichtet. Es wird höchste Zeit für eine **bessere Politik**!

Sorgen Sie mit Ihrer Stimme für einen Wechsel in Selm, so dass die konstruktive und nachhaltige UWG-Politik nicht durch die GroKo regelmäßig ausgebremst wird.

Mit einer stärkeren Fraktion werden wir Ratsbeschlüsse zu Lasten der Bürger*innen verhindern und mit guten Ideen, mehr Kreativität und Bewegung in die Selmer Kommunalpolitik einbringen, um unser **Hauptziel** zu verfolgen:

GroKo ablösen – Nachhaltigkeit einlösen

Das funktioniert am besten mit einer starken UWG - Fraktion. Wir wollen die Stadt Selm **nachhaltig weiterentwickeln** und politische **Themen konstruktiv begleiten!** Mit Ihrer Stimme wird der notwendige Machtwechsel möglich.

Wofür die UWG im Einzelnen steht, wird im folgenden Programm beschrieben. Dieses wurde in Zeiten der „Corona-Krise“ erarbeitet, die eine riesengroße Herausforderung für uns alle und auch speziell für Bund, Länder und Kommunen darstellt. Es ist heute völlig unklar, wie sich alles weiterentwickelt, welche Schwerpunkte sich in der Kommunalpolitik herauskristallisieren und worauf wir dann reagieren müssen.

Eine Erkenntnis zeigt sich bei der „Corona-Krise“ aber bereits heute: **Gemeinsames Handeln ist zukunftsweisender als Einzelaktionen...**

Programm der UWG

„Das Gleiche lässt uns in Ruhe, aber der Widerspruch ist es, der uns produktiv macht.“

(Johann Wolfgang Goethe)

Die UWG ist keine Partei, sondern eine Bürgerbewegung. Seit 36 Jahren gestalten wir eine bürgerfreundliche, soziale, ökologische und ökonomische Politik in Selm. Als Unabhängiger Verein verfolgen wir unsere eigenständige Linie zur Lösung der kommunalen Aufgaben. Durch die örtliche Ausrichtung speziell auf Selm sind wir frei von außen wirkenden Kräften der Landes- und Bundespolitik.

Zur Verwirklichung unserer Ziele sind wir dabei immer offen für eine sachliche Zusammenarbeit. Wenn es für unsere Bürger*innen gut ist, sind auch gemeinsame Beschlüsse mit den anderen Fraktionen möglich. Eine feste Koalition werden wir auch zukünftig nicht eingehen. Im Gegenteil – wir werden themenbezogen immer wieder versuchen, für unsere Ideen politische Mehrheiten zu finden. Nur so kann unser Profil eigenständig und **unabhängig** bleiben. Bei Abstimmungen unterliegt niemand einem Fraktionszwang. Gleichwohl versuchen wir bei Themen von großer Bedeutung eine gemeinsame Vorgehensweise zu erreichen.

Leitgedanke unserer Politik ist die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Darunter verstehen wir die Verknüpfung von Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit. Deshalb sollen die natürlichen und finanziellen Ressourcen sparsam und wirkungsvoll genutzt und Freiräume möglichst erhalten werden, damit die Lebensgrundlagen auch für die zukünftigen Generationen bestehen bleiben.

Es darf dabei aber nicht so sein, dass die Selmer Bürger*innen die Finanzpolitik von Bund und Land und die Folgen der „Corona-Krise“ ausbaden müssen, so wie es bei der **vollkommen überzogenen Grundsteuererhöhung** in Selm durch CDU und SPD im Jahre 2012 geschehen ist. Die UWG hatte **gegen diese Erhöhung** gestimmt. Die Grundsteuer hätte durch einen Ratsbeschluss wieder gesenkt werden können. Das haben wir in der letzten Wahlperiode als Erstes beantragt. Leider ohne Erfolg, die GroKo lehnte eine Grundsteuersenkung ab. Daran werden wir auch in der nächsten Wahlperiode arbeiten müssen.

Außerdem sollen die Grundsteuern ab 2025 nach einer neuen Methode erhoben werden. Grundsätzlich soll diese Grundsteuerreform zwar keine Auswirkungen auf das Gesamtaufkommen der Grundsteuer haben, anders gesagt: Grundbesitzer*innen sollen zusammengenommen nicht mehr zahlen müssen und die Kommunen weiterhin mit einem ähnlichen Betrag rechnen können, weil die Grundsteuer aber werteabhängig bestimmt werden soll und Immobilien in ihrem Wert kräftig gestiegen sind

und weiter steigen werden, müssen die Kommunen dafür ihre individuellen Hebesätze anpassen. Allerdings weiß niemand, ob sie das auch tun werden – gesetzlich verpflichtet sind sie nicht. Diesen Prozess werden wir ebenfalls sehr kritisch hier in Selm begleiten.

Und auch daran werden wir arbeiten:

Der Düsseldorfer Landtag hat in 2019 eine Abschaffung der **Straßenausbaubeiträge** abgelehnt, jedoch eine spürbare Entlastung für die Bürger*innen beschlossen. Demnach müssten die Anlieger*innen zwar weniger für die Erneuerung von Fahrbahnen, Gehwegen und Parkstreifen vor ihren Haustüren zahlen. Das Geld, das den Kommunen verloren geht, soll über ein Förderprogramm aufgefangen werden. Kommunen sollen außerdem selber darüber entscheiden, ob Straßenausbaubeiträge erhoben werden oder nicht.

Nur reiche Kommunen werden es sich leisten können, auf diese Beiträge zu verzichten. Selm kann dies als Stärkungspaktkommune eben nicht! Damit trägt man die soziale Ungleichheit in die Kommunen hinein und lässt sie im Stich. Wir werden also weiterhin dafür kämpfen, dass die Straßenausbaubeiträge in NRW genauso komplett abgeschafft werden wie in den meisten anderen Bundesländern und das Land die kompletten Kosten übernimmt.

Um unser **Hauptziel** – **GroKo ablösen – Nachhaltigkeit einlösen –** zu erreichen, setzen wir uns besonders ein für:

- ✔ Mehr Bürgerbeteiligung
- ✔ Beste Bildung und Förderung für unsere Kinder
- ✔ Gesamtkonzept zur Entwicklung der Ortsteile
- ✔ Verbesserte Taxiversorgung und geringere Taktzeiten im ÖPNV
- ✔ Einrichtung eines Taxi-/Bürgerbusses
- ✔ Ressourcenschutz heißt: Sanierung statt Abriss
- ✔ Schaffung von bezahlbarem und ökologischem Wohnraum
- ✔ Mehr Klima- und Ressourcenschutz
- ✔ Einrichtung von mehr Fahrradstraßen
- ✔ Mehr Fachgeschäfte in Selm
- ✔ Errichtung einer Bio-Erdgas- und Wasserstoff-Tankstelle
- ✔ Verbesserte Pflege und Unterhaltung von Kinderspielplätzen
- ✔ Freibad und Hallenbad sichern
- ✔ Schwimmunterrichtsmöglichkeiten für alle Kinder
- ✔ Senkung der Gebühren und Beiträge
- ✔ Faire Reform und Senkung der Grundsteuer
- ✔ Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
- ✔ Erhalt und Ausbau von Gastronomie- und Freizeitangeboten
- ✔ Ausbau von Tourismusangeboten
- ✔ Erhalt bzw. Ausbau der Kulturangebote
- ✔ Besucherfreundlichere Ausstattung des Wertstoffhofes
- ✔ Ökoeffiziente Abfall- und Wertstoffwirtschaft

Unsere Ziele wollen wir dabei politisch in folgenden drei Schwerpunkten umsetzen:

1 Menschen – Bildung und Familie – Kultur, Sport und Freizeit

2 Umwelt – Stadtentwicklung – Mobilität

3 Wirtschaft – Finanzen – Arbeit

1 Menschen – Bildung und Familie – Kultur, Sport und Freizeit

> *„Nichts in der Welt wird so gefürchtet wie der Einfluss von Menschen, die geistig unabhängig sind.“*
> (Albert Einstein)

Im Mittelpunkt der Kommunalpolitik müssen grundsätzlich die Bürger*innen stehen, deshalb stellt die erste Säule unseres Wahlprogramms folgerichtig eine bürgerfreundliche, soziale Familienpolitik dar. Ohne soziale Gerechtigkeit und Bürgernähe kann unserer Meinung nach Politik nicht funktionieren. Das macht auch die Corona-Pandemie überdeutlich. Nach unserem Verständnis gehören dazu die Stärkung der bürgerschaftlichen Mitwirkung und soziale Gerechtigkeit, eine qualitätsvolle Bildungs- und Familienpolitik, die niemanden ausschließt, sowie die Förderung der Bereiche Kultur, Sport und Freizeit.

1.1 Bürgerschaftliche Mitwirkung und soziale Gerechtigkeit

Aktive Bürgerbeteiligung ist die Grundlage für eine lebendige Kommune. Spätestens seit den Protesten gegen „Stuttgart 21“ ist die Forderung nach stärkerer Bürgerbeteiligung in aller Munde. Die UWG fordert seit langem eine frühzeitige Einbeziehung der Bürger*innen in Planungs- und Entwicklungsprozesse. Wir verlangen, dass der „Wutbürger“ ernst genommen wird. Dazu gehört ein Haushalt, den die Bürger*innen nachvollziehen und mittragen können. Bei wichtigen Entscheidungen für unsere Stadt ist die Bürgerschaft intensiv einzubeziehen. Es sollten nicht über ihre Köpfe hinweg – wie z.B. bei den Schulschließungen oder Schulabrissen – praxisferne, ungerechte und nicht nachvollziehbare Beschlüsse gefasst werden, die zudem noch zu Lasten unserer Kinder gehen.

Die Sozialpolitik der Stadt sollte sich grundsätzlich nicht darauf beschränken, bedürftige Menschen mit Geld oder Hilfeleistungen zu versorgen. Sie muss ihnen helfen, ihr Leben wieder in die eigene Hand zu nehmen. Benachteiligte oder ausgegrenzte Menschen müssen langfristig in das soziale und kulturelle Leben dieser Stadt eingebunden werden. Am besten geschieht dies durch einen Aufbau von sozialen Netzen in Selm. Beratungsstellen, Schuldnerberatung, Freizeit- und Betreuungsangebote sowie Sozialtickets sind hierfür wichtige Bausteine.
Es muss auch Altenpolitik betrieben werden. Hier empfiehlt es sich, als erstes bei den Aspekten Mobilität, Nahversorgung und digitale Vernetzung anzusetzen - quasi als Voraussetzung um überhaupt in einer ländlich geprägten Stadt älter werden zu können.

Hol- und Bringdienste, Bürger-/Taxibusse, Fahrdienste, Taxiversorgung, Dorfläden und niedrigschwellige Angebote für Hilfesysteme können zum Wohlbefinden und zur Lebensqualität älterer Menschen beitragen. Gleichzeitig wird Einsamkeit im Alter verhindert.

Eine Herausforderung für die Kommunalpolitik! Es ist höchste Zeit, diese Problematik anzupacken.

Im Jahr 2015 erlebte Selm eine Zuwanderungsbewegung historischen Ausmaßes. Viele sind gekommen, viele werden bleiben. Angesichts dessen ist gesellschaftliche Integration eine zur Daseinsvorsorge zählende Kernaufgabe der Stadt geworden. Integration braucht eine feste Verankerung in der Kommunalpolitik und der Verwaltung, eine Gesamtstrategie mit Geschick und Engagement zum Wohle der Geflüchteten, der Asylbewerber*innen, der Zugewanderten und auch der Einheimischen.

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- der Senioren- und Behindertenbeirat mehr politische Unterstützung und mehr Mitsprache bekommt
- das Jugendnetz in die praktische politische Arbeit stärker integriert wird
- der Freifunk mit kostenfrei nutzbarem WLAN im gesamten Stadtgebiet möglich ist und die örtlich bestehende Freifunk-Initiative einbezogen wird
- örtliche „Vernetzungsgruppen“, Bürgerinitiativen oder Netzwerke (wie z.B. die IGBB in Bork) unterstützt, gehört und in die politische Arbeit eingebunden werden
- die Gruppierungen „Klima-Café“, „Klimatreff“ und „Fridays for Future“ unterstützt und in die politische Arbeit eingebunden werden
- der Anregung „Ausrufung des Klimanotstandes“ vom Stadtrat entsprochen wird

- das beschlossene Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept konsequent, ohne den Vorbehalt der Bereitstellung von Haushaltsmitteln, umgesetzt und weiterentwickelt wird
- Bürgervertretungen und Projektgruppen in Planungsprozesse integriert werden
- Bürgerversammlungen, Bürgerdialoge und Bürgerforen regelmäßig stattfinden
- durch die Ehrenamtskarte weitere Vergünstigungen an ehrenamtlich tätige Bürger*innen gewährt und vermittelt werden
- das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (0800 116016) unterstützt wird
- eine qualifizierte Beratung und Betreuung für Ratsuchende vor Ort gewährleistet wird (Sozialrecht, Arbeitsrecht, Rentenberatung etc.)
- Menschen in für sie passende Arbeitsstellen gebracht werden. Hier kommt sowohl der erste als auch der zweite Arbeitsmarkt in Frage. Eine leistungsgerechte Entlohnung nach regulären Tarifen muss dabei selbstverständlich sein
- durch die Vernetzung lokaler Akteure (Ausbildungsbetriebe, Ausbildungshilfe e.V., Schulen etc.) in der Jugendberufsförderung die berufliche Integration benachteiligter Jugendlicher erreicht wird
- ein Sofortprogramm zur Bekämpfung von (drohender) Armut für Kinder und Jugendliche durchgeführt wird, damit sich deren Lebensverhältnisse in sozialen Problemlagen nicht noch mehr verschlechtern

- Frauen und speziell alleinerziehende Mütter wieder ins Arbeitsleben eingegliedert werden
- von Altersarmut betroffene Menschen eine qualifizierte Beratung und Betreuung in Selm erhalten
- Altenhilfeplanung bzw. Altenarbeit betrieben wird, um Isolation zu vermeiden und alten Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen
- bei hilfsbedürftigen Menschen konkrete Hilfen bei den Aspekten „Mobilität“, „Nahversorgung“ und „digitale Vernetzung“ geleistet werden
- ausreichende Unterkünfte und Wohnungen für Asylbewerber*innen bereitstehen
- in Asylbewerber-Unterkünften eine Selbstversorgung möglich wird
- eine ambitionierte Integrations-Politik betrieben wird als Teil einer kommunalen politischen Gesamtstrategie
- eine Willkommenskultur mit Unterstützung von Ehrenamtsarbeit gefördert wird
- Gruppierungen wie „Schicksalshelfer“, „Arbeitskreise Asyl“ und „die Kleiderkammer“ Unterstützung erfahren
- Die Tafel in Selm unterstützt und von öffentlicher Hand mitfinanziert wird
- Altersarmut stärker in den Fokus der Kommunalpolitik gerückt wird
- mit dem Onlinezugangsgesetz, das Ende 2022 in Kraft tritt, jede Verwaltungsdienstleistung auch online zugänglich wird

- digitale Mängelmelder-Hinweise zeitnah bearbeitet und Mängel beseitigt werden
- das „Wir-Gefühl“ bei allen Bürger*innen Selms weiter gestärkt wird und die Bereitschaft zum privaten Engagement und zur politischen Arbeit geweckt und stärker gefördert wird
- Bürger*innen, Vereine, Initiativen, politische und kirchliche Arbeitskreise mit städtischer Unterstützung neue Aufgaben und Verantwortungen übernehmen
- die öffentliche Ordnung und Sicherheit in den Händen der Stadtverwaltung und Polizei verbleiben
- das kommunale Wahlrecht auch für Selmer Einwohner*innen, die nicht aus EU-Staaten kommen, eingeführt wird. Um der Gefahr der Unterdrückung von Minderheiten und rechtsradikalem Denken entgegenzuwirken, müssen Menschen, die sich politisch auf demokratische Weise betätigen wollen, dies auch dürfen. Dabei ist uns klar, dass dieses Vorgehen einer Grundgesetzänderung bedarf, die aber nur auf Druck der Basis (Kommune) zustande kommen wird
- die Arbeit in den Ausschüssen des Rates der Stadt wirkungsvoller wird und neben den Pflichtaufgaben auch als Diskussionsplattform für neue Ideen angesehen wird
- Bürger*innen bei der Durchführung von Bürgerbegehren unterstützt werden und die Stadt es nicht auf einen Machtkampf zwischen Rat und Verwaltung einerseits und den betroffenen Bürger*innen andererseits ankommen lässt

- bei Bürgerbegehren keine überzogenen Anforderungen an die Formalien gestellt werden und dass von den Initiator*innen keine juristischen oder finanzwissenschaftlichen Fachkenntnisse zu verlangen sind
- durch verstärkte Jugendarbeit (Streetworker) die Jugendlichen an verantwortungsvolle Aufgaben in der Stadt und für die Allgemeinheit herangeführt werden
- Offene Jugendtreffs weiter ausgebaut werden
- der neue Sport- und Skaterpark angemessen gepflegt und gewartet wird (Selbstverwaltungsstrukturen aufbauen)
- die Öffnungszeiten des Jugendheimes „Sunshine“ an Sonn- und Feiertagen, Wochenenden und Ferientagen erweitert werden
- den Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden die Wertschätzung fremden Eigentums und die Beachtung allgemeiner Werte durch qualifizierte Betreuung vermittelt wird

1.2 Qualitätsvolle Bildungs- und Familienpolitik

Selm muss kinder- und familienfreundlicher werden! Ein Aufzählen der durchaus vorhandenen guten familienpolitischen Strukturen in Selm reicht da sicherlich nicht aus. Vielmehr ist hier ein ständiges Weiterentwickeln und Verbessern - auch unter Hinzunahme von weiteren Finanzmitteln - angesagt. Dazu gehört, neben einem zuverlässigen und flexiblen Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen in allen Ortsteilen (z.B. mehr U3-Plätze in Cappenberg), vor allem eine durchdachte und mit Weitblick versehene Bildungspolitik.

Qualitätsvoll bedeutet, gute Standards weiter verbessern und nicht vorschneller Abbau gut funktionierender Einheiten und das, trotz steigender Schülerzahlen, neuer Herausforderungen durch veränderte Schülerpopulationen, stärkere Differenzierungen und Inklusionsbemühungen. Gerade an dieser Stelle hat sich die UWG massiv eingesetzt. Sie hat die Bürgerinitiative gegen die Schließung eigenständiger Schulstandorte intensiv unterstützt. Auch wenn die Anstrengungen der BI letztlich nicht erfolgreich waren, so kann man inzwischen die Folgen dieser Fehlentscheidung sehen, die allerdings damals schon absehbar und bekannt waren. Sie stehen im krassen Gegensatz zu all den politischen Versprechen, wonach weder Borker Kinder in Cappenberg noch Cappenberger Kinder in Bork unterrichtet werden sollen.

Nachdem es nämlich inzwischen schon normal geworden ist, dass Kinder aus Hassel und Netteberge getrennte Wege gehen müssen und als „Auffüllkinder“ mal in Cappenberg, mal in Bork eingeschult werden, traf es 2013 erstmals auch umgekehrt Cappenberger Kinder, die in Bork beschult werden mussten und in 2020 sollen erstmals Borker Kinder in Cappenberg beschult werden.

Schulpolitik ist zwar Landespolitik, diese Politik muss aber in den Kommunen umgesetzt werden. Die UWG interpretiert das Schulgesetz so, dass kleine Lerneinheiten für Grundschulen vorgeschrieben sind (Bandbreite 15 - 28 Kinder, Durchschnitt 22) und dass nach § 82 Schulgesetz NRW auch die Fortführung einer bestehenden Grundschule bei Einzügigkeit erlaubt wäre.

Demographie und geändertes Schulwahlverhalten haben auch in Selm in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung bekommen und bewirken die Notwendigkeit, dieser Entwicklung gerecht zu werden. Eltern wünschen einen höherwertigen Schulabschluss für ihre Kinder. Diesen Forderungen entsprach das Land NRW mit der Möglichkeit über die Gründung von Sekundarschulen Bildungsgänge länger offen zu halten und gemeinsames Lernen verschiedener Schüler*innen zu ermöglichen.

In Selm wurde diese Schulform gegründet und Hauptschule und Realschule mussten aufgelöst werden. Ein qualifizierter Sekundarabschluss ermöglicht den Übergang in die Sekundarstufe II, deren Abschluss das Abitur ist. In Selm ist das örtliche Gymnasium von G8 wieder zu G 9 gewechselt, so dass ein Übergang erleichtert werden kann.

Dennoch ist die UWG der Ansicht, dass eine homogenere Lösung die **Gründung einer Gesamtschule** gewesen wäre, die ohne Wechsel der Schule das Abitur an der gleichen Schulform ermöglicht. Die Anmeldezahlen und das Auspendeln Selmer Schüler*innen zu den Gesamtschulen der Nachbarstädte belegen dies nachdrücklich!

Eine Gesamtschule wäre keine Konkurrenz zum Selmer Gymnasium geworden, sondern eine bildungspolitisch sinnvolle Ergänzung. Das bestätigen viele ähnlich gelagerte Fälle.

Die UWG hat ihre Gesamtschul-Forderung aber politisch nicht durchsetzen können. Daher unterstützte die UWG die Gründung der Sekundarschule für alle Selmer Schüler*innen. Es darf kein Kind abgewiesen werden und das Auspendeln Selmer Schüler*innen soll reduziert werden.

Im Jahr 2015 wurde die **Förderschullandschaft** im Kreis Unna verändert. Die über Kreisgrenzen arbeitende Pestalozzi-Förderschule verlor den Primarbereich und wurde mit einer Förderschule in Lünen zum „Förderzentrum Nord“ zusammengelegt. Dieser Schritt wurde von der UWG stark kritisiert, weil hier eine erfolgreich arbeitende Schule ihre Selbständigkeit und den für die weitere Entwicklung eines Kindes wichtigen Primarbereich verlor. Weder die Stadt Selm noch SPD und CDU unterstützten die UWG. Jetzt füllt ein privater Träger die Lücke.

Seit dem 01.08.2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf **frühkindliche Förderung** in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Diesen Rechtsanspruch zu gewährleisten, ist eine große Herausforderung für die Kommune.

Die **Elternbeiträge** für Kindergärten und für Kinderbetreuung werden in NRW vom Stadtrat festgelegt und beschlossen, die Gebühren sind undurchschaubar, oft ungerecht und liegen häufig weit auseinander. Ausgerechnet finanziell schwache Städte mit vielen sozialen Problemen, verlangen vielfach besonders hohe Gebühren.

Selm gehört seit vielen Jahren zu den Spitzenreitern in NRW, und dennoch hat die GroKo im Dezember 2017 die Gebühren für die OGS um 35% und eine dynamische Erhöhung, sowie die Gebühren für die Übermittagsbetreuung um 66% angehoben. Dass die Kitagebühren so unterschiedlich hoch sind, passt auch nicht zum Anspruch des Staates, durch öffentlich finanzierte Bildung im ganzen Land gleiche Lebens- und Bildungschancen für seine kleinsten Bürger*innen zu ermöglichen.

Ab 2025 soll es einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** für Kinder geben, die noch in der Grundschule sind. Ein wichtiges und auch richtiges Vorhaben der Bundesregierung. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat nun ein Gutachten vorgelegt, dass dieses Vorhaben sich auch noch so gut wie von selbst finanzieren könnte, weil dadurch wieder mehr Frauen erwerbstätig werden und die Steuereinnahmen steigen, ebenso werden mehr Sozialabgaben gezahlt und gleichzeitig weniger Sozialleistungen ausgezahlt. Das ist an sich eine gute Nachricht, die aber auch zeigt, dass dieses Vorhaben, im Sinne einer gleichberechtigten Gesellschaft schon längst überfällig ist.

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- geprüft wird, die Sekundarschule zur Gesamtschule weiterzuentwickeln
- an Selmer Grundschulen alle Kinder, die einen OGS-Platz oder einen Übermittagsbetreungsplatz wünschen, diesen auch erhalten
- ein spontanes, tageweises Anmelden zur Übermittagsbetreuung erneut zugelassen wird
- frühzeitig auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung (ab 2025) für Grundschulkinder hingearbeitet wird, damit der Rechtsanspruch nicht nur auf dem Papier existiert und vorausschauend die notwendigen Schulgebäude bereitgestellt werden
- Grundschulkinder nicht ausgegrenzt werden und die wohnortnahe Grundschule aus sozialer, kultureller und pädagogischer Sicht immer oberste Priorität hat

- Schulwege und besonders die Brennpunkte vor den Schulgebäuden und Kindergärten für unsere Kinder sicherer werden (Sicherheitsstudie) und Verbesserungen systematisch umgesetzt werden
- „Kein Kind ohne Mahlzeit“ nicht an finanziellen Mittel scheitert
- die Gruppengrößen in Kindergärten und Schulen reduziert werden
- die Schulanfangszeiten zur Kosteneinsparung des ÖPNV nicht zu Lasten der Schüler*innen und Eltern erfolgen
- das Selmer Schulangebot so gestaltet wird, dass die hohe Zahl der Auspendler reduziert wird (alle Selmer Schüler*innen in Selmer Schulen)
- das Thema „Inklusion“ kritisch und konstruktiv begleitet wird
- die Stadt Selm die engagierte und kompetente Arbeit der Förderschule anerkennt und Selm als Standort für die sonderpädagogische Förderung erhalten bleibt, und Schüler*innen mit Förderbedarf aus dem Primarbereich in Selm beschult werden
- die von der GroKo beschlossene Erhöhung der Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen von bis zu 80 %, (brachte Selm einen Spitzenplatz in NRW ein) wieder rückgängig gemacht wird
- die letzten beiden Kindergartenjahre grundsätzlich beitragsfrei bleiben und möglichst bald die Kitagebühren in ganz NRW komplett abgeschafft werden, als Grundstein für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an
- Kinder unter 3 Jahren sicher und kindgerecht betreut werden

- Tagesmütter entsprechend ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit angemessen entlohnt und ausschließlich geeignete, zertifizierte Tagesmütter vermittelt werden
- Kinder und Jugendliche im wohnnahen Umfeld Möglichkeiten haben, sich ungefährdet zu Spiel, Sport und Spaß zu treffen (kein Spielplatzverkauf ohne städtebauliche und sozialpädagogische Gesamtkonzepte)
- kein Verkauf von Schulgebäuden vollzogen wird, auch nicht das Gebäude des Förderzentrums Nord (ehemalige Hauptschule Bork)
- die „Kleinen Strolche“, die „Villa Kunterbunt“ und ähnliche Einrichtungen als Betreuungseinrichtung erhalten bleiben und eine vertragliche Finanzierungssicherheit erhalten
- die Waldschule weiterhin unterstützt und gefördert wird und nicht ständig um ihre Existenz bangen muss
- die Schulsozialarbeit weitergeführt wird
- es zu einer Vernetzung zwischen Schule und Jugendhilfe kommt und die ambulanten Familienhilfen verstärkt werden
- die Jugendhilfeangebote von Stadt und freien Trägern sicher finanziert, auf hohem qualifiziertem Niveau fortgesetzt und wechselnden Bedarfslagen flexibel angepasst werden
- "Offene Freizeittreffs" als Begegnungsorte für Jugendliche und Kinder eingerichtet werden

- Bedarfs- und Handlungsanalysen über die Bevölkerungsstruktur und die Angebotssituation für die ältere Generation gemacht werden, mit dem Ziel, die gesamte Infrastruktur in den einzelnen Ortsteilen anzupassen, um selbstbestimmtes Wohnen im Alter zu ermöglichen
- Weitere Wohnformen (z.B. generationsübergreifendes Wohnen) für alte Menschen geschaffen werden, welche ihnen ermöglichen, ihre Selbständigkeit zu bewahren
- die Begleitung im Alter und Beratung städtische Aufgabe wird, damit eine soziale Vereinsamung vermieden wird
- alten Menschen der Zugang zu Kultur, Bildung, Kunst, Musik und mitmenschlicher Begegnung erhalten und erleichtert wird

1.3 Förderung von Kultur, Sport und Freizeit

Kultur hatte in Selm einen hohen Stellenwert, der besonders in den Wahlperioden 1999 - 2009 reduziert wurde (z.B. Aufgabe der Theaterreihe, Streichung Kulturförderpreis der Stadt Selm etc.). **Kultur** ist offiziell keine Pflichtaufgabe, sollte allerdings zu einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden. Um angesichts der angespannten Haushaltslage aus der defensiven Spardiskussion herauszukommen und durch Reformen Möglichkeiten für künstlerische und kulturpolitische Weiterentwicklungen zu eröffnen, bedarf es in der Kulturpolitik einer erneuten Zieldiskussion. Kultur lebt von Vielfalt, Diversität sollte als alltäglicher Bestandteil der Kulturarbeit auftauchen.

Die Verpflichtung von Bund und Ländern als Bauherren „Kunst am Bau“ einzuplanen, begrüßen wir. Ziel sollte es sein, an öffentlichen Bauten immer auch Künstler*innen zu beteiligen, weil die Städte eine besondere kulturelle Verantwortung und somit Vorbildfunktion haben sollten. Mit Kunst im öffentlichen Raum können positive ortsspezifische Eindrücke entstehen, symbolisch für die ganze Stadt. Erhalten und gegebenenfalls archivieren sollte die Stadt auch Kunstwerke, die heute altersbedingt zur Disposition stehen, also abgerissen oder umgesetzt werden sollen.

Lebenslanges Lernen ist heute notwendiger denn je. Deshalb sind wir für eine stabile Förderung der Volkshochschule. Wir begrüßen den Zuwachs in der Musikschule – der im Übrigen nicht immer wieder durch Gebührenerhöhungen (wie von der GroKo beschlossen) zunichte gemacht werden darf.

Die städtische Bibliothek (**BIB)** ist mehr als eine Leihbücherei. Sie bietet Programme zur Verbesserung der Lesekompetenz im Schulalter, zur Erhöhung der Medienkompetenz sowie zu Literaturrecherchen (z.B. für Facharbeiten) an.

Die personelle Ausstattung wurde in den letzten Jahren mehrfach gekürzt, so dass die pädagogische Arbeit kaum noch zu leisten ist.

Die **Sportpolitik** der Stadt Selm war in der Vergangenheit nicht sehr zukunftsorientiert. Sie beschränkte sich in erster Linie auf die Sicherung und Vergabe der Hallen und Plätze, auf Gewährung von Zuschüssen sowie Durchführung von Siegerehrungen. Eine aktive kommunale Sportpolitik sollte sich als Gesundheits-, Jugend-, Gleichstellungs- und Familienpolitik in der Stadtplanung definieren. Durch den Bau der neuen Kunstrasenplätze, den Skaterpark, das neue Umkleidegebäude und weitere zu erwartende bzw. im Bau befindliche Sportstätten (z.B. Boule-Bahn, Rodelhügel, Zweifachturnhalle und Umbau der Dreifachturnhalle) wurde ein erster richtiger Schritt zur Verbesserung der „Infrastruktur Sport“ getan. Weitere müssen folgen (besonders in Bork und Cappenberg).

Tourismus und **Freizeit** müssen in Selm zukunftsorientiert und unter Einbindung des Fachamtes, der Gastronomie, der Kaufleute sowie der Stadtentwicklungsgesellschaft geschehen. Freizeit und Tourismus haben in Selm bisher eine untergeordnete Rolle gespielt. Durch die Aktivitäten ehrenamtlicher Bürger als Stadtführer konnten erste Erfolge - auch überregional - für die Stadt Selm erzielt werden. So wird eine aktive Förderung des Stadtbildes und der Wirtschaft ermöglicht.

Besucher*innen der Stadt Selm, den Radtouristen, interessierten Bürger*innen, Gruppen aus Selm sowie den benachbarten Städten, können die Besonderheiten der Stadt, ihre Geschichte sowie der in Selm deutlich erkennbare Wandel verdeutlicht werden. Schloss und Burgen, spannende und amüsante Geschichten, Sehenswertes und Verborgenes der Stadt Selm wurden so erstmalig ins rechte und positive Bild gerückt.

Die Entwicklung Selms von einer ländlichen Gemeinde mit den damit zusammenhängenden Handwerks-, Handels- und Gewerbebetrieben zu ei-

nem Industriestandort bis zum heutigen Selm, zeugt von enormem Bürgerengagement und Aufbauwillen.

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- Kultur zur kommunalen Daseinsvorsorge erklärt wird
- kommunale Kulturförderung ausdrücklich als Pflichtaufgabe angesehen wird und dass auf Länderebene Kulturgesetze verabschiedet werden, worin diese Pflichtaufgabe festgeschrieben wird
- jedem Menschen in Selm Partizipation an Kultur ermöglicht wird
- eine Kultur gefördert wird, die Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammenbringt, und nicht eine Kultur, die allein dazu dient, sich von anderen abzusetzen
- in Selm bei öffentlichen Bauten „Kunst am Bau“ verpflichtend angewendet wird
- „Kunst im öffentlichen Raum“ ermöglicht wird
- keine weiteren Mittelkürzungen und Sparmaßnahmen bei kultureller Bildung und Vermittlung vorgenommen werden, d.h. Angebote der Kinder- und Jugendkultur, der kulturellen Breitenarbeit und der Kultur für sozial Schwächere nicht gestrichen werden
- jährlich der Kulturförderpreis von der Stadt Selm ausgelobt wird
- nicht-verkaufte Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen kostenlos an Menschen mit geringem Einkommen ausgegeben werden
- junge Selmer Künstler*innen und „Junge Kunst“ gefördert werden

- nach der Renovierung das Schloss in Cappenberg als Kulturstätte mehr in den Blickpunkt Selm gerückt wird und dort möglichst keine Eintrittspreise für Kunstausstellungen erhoben werden
- die Vermietung des Bürgerhauses an Vereine und Privatpersonen zu günstigen Preisen möglich ist
- im Stadtgebiet ein Informationspunkt (Info-Punkt) eingerichtet wird
- der Ternscher See und speziell das Umfeld attraktiver gestaltet werden
- die personelle Ausstattung der BIB verbessert wird, um die Öffnungszeiten zu erweitern und sie somit für die Bürger*innen attraktiver wird und um die pädagogische Arbeit zu sichern
- die Musikschule für alle Interessierten offen bleibt und möglichst vielen Kindern die Möglichkeit eröffnet wird, sich musikalisch zu bilden
- musikalisch begabten Kindern in der Musikschule eine individuelle Förderung ermöglicht wird
- das Projekt JeKits (Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen) weitergeführt wird
- umfassende Programme zur Sport-Förderung entwickelt werden
- Bolzplätze und freie Spielplätze für Gruppen bereitgestellt werden, die keinem Verein angehören
- Grünflächen als Spiel- und Bewegungsraum genutzt werden

- im Sportbereich die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt gefördert wird (z.B. Nachtturniere für „gelangweilte“ Jugendliche)
- das Engagement von Sportvereinen und ehrenamtlichen Übungsleiter*innen ideell und materiell unterstützt und besser anerkannt wird
- die Stadt Selm die notwendige Infrastruktur bereitstellt und unterhält, die der Schul-, Vereins- und Breitensport benötigt
- darauf hinzuarbeiten ist, dass dem demographischen Wandel Rechnung getragen wird, indem ältere Mitmenschen ein geeignetes Sport- und Kulturangebote vorfinden können
- das Freibad auch langfristig erhalten und zeitgemäß gewartet wird und der Trägerverein und die gemeinnützige GmbH jede städtische Unterstützung erhalten
- das Hallenbad erhalten bleibt oder an anderer Stelle im Stadtgebiet ein neues Hallenbad errichtet wird (Bäderkonzept)
- neue Bolzplätze angelegt werden und die vorhandenen Bolzplätze nach dem neuesten Stand erneuert und gewartet werden
- keine weiteren Schließungen, Reduzierungen und Vermarktungen von Spiel- und Bolzplätzen beschlossen werden
- die Naherholungsgebiete unseres Stadtgebietes, wie Cappenberger Wald, Ternscher See und der Passbach bzw. Selmer Bach durch eine Wegeverbindung miteinander vernetzt werden

2 Umwelt – Stadtentwicklung – Mobilität

„Ob Dichter, Politiker oder Maurer – sie taugen in dem Maße nichts, in dem sie die Erde nicht bewohnbarer machen.“

(Reiner Kunze)

Die zweite tragende Säule unseres Programms befasst sich mit der Entwicklung unserer Stadt unter ökologischen, ökonomischen und sozialen (= nachhaltigen) Gesichtspunkten.

Durch die Gebietsreform Mitte der 1970er Jahre und die Zuordnung Selms zum Kreis Unna wurde unsere Stadt von der ländlichen Zone des Südmünsterlandes in die Ballungsrandzone des Ruhrgebiets gestuft. Damit wird ein Widerspruch zwischen politischer Grenzziehung und geografischer Zugehörigkeit deutlich, der Gefahren aufzeigt, aber auch Entwicklungschancen deutlich werden lässt.

Und dabei spricht eigentlich alles für Selm: Umfragen sagen, dass 45 Prozent der Großstadtbewohner*innen lieber im ländlichen Raum leben würden. Ein großes Potential, von dem Forschende überzeugt sind, dass es in den nächsten Jahren weiter gehoben wird. Denn die mobile Arbeitswelt entkoppelt Wohn- und Arbeitsort künftig immer weiter.

Das idyllische Stadtgebiet von Selm ist allerdings seit Jahrzehnten umzingelt von industriellen Großkraftwerken mit riesig hohen Kühltürmen und Kesselhäusern in Lünen, Werne, Hamm, Bergkamen und Datteln. Die Luftbelastung ist bereits jetzt als besorgniserregend anzusehen, und unsere Nachbarstadt Lünen hatte im Jahr 2018 die schlechtesten Luftwerte (Feinstaub-Messwerte) der Republik. Kilometerlange Kühlturm-

schwaden beeinflussen unser Klima bereits jetzt negativ. Dennoch sind weitere Großprojekte im Bau bzw. geplant: Der „**NewPark**“ und das bereits im Betrieb befindliche Kohlekraftwerk Datteln 4 sowie das laufende Trianel-Kraftwerk in Lünen. Die UWG Selm hat zu diesen Großprojekten folgende Standpunkte:

Seit Gründung der UWG Selm in 1984 kämpfen wir für den Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Rieselfelder in Waltrop und Datteln, aber noch nie war die Realisierung und somit Bedrohung so groß wie zurzeit. Der Baubeginn der Umgehungsstraße B 474n macht die Erschließung des Gebietes jetzt möglich und in 2019 hat das Wirtschaftsministerium einen weiteren Förderbescheid genehmigt, damit der Fahrplan für den Start des „NewParks“ eingehalten werden kann. Dieser Fahrplan sieht vor, dass Datteln spätestens im Sommer 2020 einen Bebauungsplan beschließen wird und im Anschluss die Vermarktung der Flächen beginnen kann.

Ähnlich sieht es beim Kohlekraftwerk „Datteln 4“ aus. Das **Kohlekraftwerk Datteln 4** trägt den Namen „größter Schwarzbau Europas“. In einem Klageverfahren wurde nämlich der Bebauungsplan vom OVG Münster für nichtig erklärt. Durch ein Zielabweichungsverfahren hat die Landesregierung den Klima-Killer nachträglich legalisiert. Obwohl die Kohle-Kommission empfohlen hat, noch nicht in Betrieb befindliche Kraftwerke nicht in Betrieb zu nehmen, hat das Bundeswirtschaftsministerium durch einen sogenannten „Kohlekompromiss“ Datteln 4 im Sommer 2020 ans Netz gehen lassen. Damit verabschiedet sich die Bundesregierung von der Empfehlung der Kohlekommission und auch von den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens!

Das **Trianel-Kraftwerk** in Lünen-Lippholthausen ist ebenfalls nicht rechtskonform genehmigt, und es sind immer noch gerichtliche Auseinandersetzungen anhängig. Das Kraftwerk führt, genauso wie Datteln 4,

die Rauchgase nicht über einen Schornstein, sondern über den Kühlturm ab, und die Hauptbelastungszonen der Emissionen liegen nach Angaben von Trianel in Selm-Cappenberg und in Werne-Langern. Seit der Inbetriebnahme ist inzwischen die Abgasfahne gut sichtbar. Langzeitstudien in Bezug auf gesundheitliche Auswirkungen und auf mögliche Umweltschäden existieren nicht. Die gigantischen Ausmaße der Kühltürme in Datteln und Lünen hat man als Selmer Bürger*in jetzt täglich vor Augen und sie verschandeln die Umgebung. Als UWG Selm e.V. sind wir der Meinung, dass diese weiteren Großkraftwerke die Wohn- und Lebensqualität in Selm erheblich beeinträchtigen, und wir werden die Bürgerinitiativen, politischen Gegner und Demonstranten dieser Kraftwerksbauten unterstützen.

Auch auf dem Selmer Stadtgebiet besteht die Möglichkeit der unkonventionellen Gasförderung **(Fracking).** Dieses Verfahren ist seit 2017 in Deutschland verboten. Die jetzige Landesregierung arbeitet jedoch daran, die rechtlichen Hemmnisse zum Einsatz von Fracking zu beseitigen. Die UWG wird sich dafür einsetzen, dass „Fracking“ auf dem Selmer Stadtgebiet weiterhin untersagt werden wird.

Wegen der Katastrophe in Fukushima und selbstverständlich bereits lange Zeit vor diesen schrecklichen Ereignissen hat sich die UWG immer gegen die Nutzung von Atomenergie und für den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen eingesetzt. Deshalb wird die UWG auch weiterhin durch Teilnahme an Protestveranstaltungen oder Einladungen zu Mahnwachen dafür streiten, dass die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik möglichst zeitnah stillgelegt werden.

So sind – bei dieser vorgegebenen Lage unserer Stadt und den damit einhergehenden Problemen – ein **aktiver Umwelt-, Klima- und Zivilschutz**, die **Entwicklung zu einer ökologischen Stadt** und die **Förderung von umweltverträglicher Mobilität** dabei die Kernbereiche, die bei den Themen Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität zu beachten sind.

2.1 Aktiver Umwelt-, Klima- und Zivilschutz

Für uns hat **Umwelt- und Klimaschutz** nichts an Bedeutung verloren! Im Gegenteil: Die UWG steht ein für schonenden Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen. Insofern ist Ökologie die Grundvoraussetzung für den Erhalt unserer Lebensqualität. Wir verstehen Umweltschutz nicht als nachgeschaltete Umwelttechnik, sondern als Produktinnovation. Wo Sachverstand regiert, steht Klima- und Ressourcenschutz auf Platz 1 der Agenda. Vehement haben wir in 2019 die Resolution der Gruppierung „Fridays for Future“ zur Ausrufung des Klimanotstandes durch einen weiteren Antrag unterstützt. Da die Verwaltung jedoch vorschlug, die Anregung abzulehnen, lehnte die GroKo alle Anträge ab.

Selm hat die Resolution abgelehnt, verliert damit die große Chance sich öffentlich intensiv mit dem Klimaschutz zu beschäftigen und verzichtet damit auf einen Image-Gewinn für die Stadt, indem sie sich nebenbei ganz bewusst nicht an die Seite der jungen Menschen der FFF-Bewegung stellte. Schade!

Unsere sogenannten Volksparteien begreifen dabei nicht den Protest von Hunderttausenden in allen Ecken Deutschlands und Millionen weltweit.

Dagegen wurde ein Klimaschutzkonzept verabschiedet, mit der Maßgabe, dass „die aufgeführten Maßnahmen, unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Haushaltsmitteln, umzusetzen sind“. Wir werden das Klimaschutzkonzept konstruktiv begleiten und eine zeitnahe Umsetzung verlangen.

Katastrophen-, Zivil- und Feuerschutz gehört für uns ebenfalls in den Bereich aktiver Umweltschutz. Gerade unsere Freiwillige Feuerwehr ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich Menschen in unserer Stadt aktiv und ehrenamtlich für die Belange und zum Wohle ihrer Mitmenschen einsetzen.

Angesichts unbefriedigender Situationen im Rettungsdienst gibt es Vorschläge für eine Neuordnung der Notfallversorgung. Auch die Bundesregierung erarbeitet einen Gesetzentwurf dazu. Eine gute Notfallversorgung ist selbstredend auch im Interesse der Städte und der Kreise. Deshalb muss sich die Stadt im Interesse der Menschen vor Ort frühzeitig einmischen und auf Vorgaben drängen, die einerseits die Versorgungsqualität gewährleisten, andererseits auch praxistauglich sind. Es gilt auch, den Bürger*innen die neuen Strukturen verständlich zu machen, daran können Kommunen mit eigenen Kampagnen mitwirken.

Die Stadt Selm liegt mit drei Haltepunkten an der Bahnlinie Dortmund – Ahaus – Gronau – Enschede, darüber werden regelmäßig Castortransporte nach Ahaus und Züge, beladen mit Uranhexafluorid zur Urananreicherungsanlage nach Gronau befördert. Zurzeit wird Atommüll (umdeklariert zu „Wertstoffe“) hauptsächlich von Gronau nach Russland transportiert. Diese Transporte stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, wir fordern einen generellen Stopp dieser Atomtransporte.

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- in unserem Stadtgebiet die Bereiche erhalten bleiben, die noch den Charakter der Münsterländischen Parklandschaft aufweisen
- als Beitrag zum Klimaschutz und zum Schutz der heimischen Wälder und FFH-Gebiete (Flora-Fauna-Habitat) naturnahes Wirtschaften durch die Pflanzung von standortgemäßen (und klimaangepassten) Baumarten betrieben wird
- die letzten verbliebenen "grünen Inseln" im Stadtgebiet (z.B. Ludgerigräfte, Lüffe-Park, Schulze-Weischer, Park in Bork) die der direkten Naherholung dienen, nicht bebaut oder versiegelt werden
- die Flächennutzung künftig in der Weise betrieben wird, dass die ökologische Tragfähigkeit des Naturhaushaltes erhalten bleibt
- die Naherholungsfunktion unseres Stadtgebietes nicht durch unsinnige industrielle Großprojekte zerstört wird (z.B. Kohlekraftwerke in Lünen und Datteln oder unnötige Industriegebiete)
- speziell dem Vorhaben „New Park“ in den Rieselfeldern Widerstand entgegengesetzt wird (die Landesregierung sollte nicht unnötig Steuergelder verbrennen), um eine der wichtigsten Frischluftschneisen unserer Region zu erhalten
- sich die Stadt wegen der Konzentration von Kraftwerken und aufgrund der immensen CO_2-Bilanz des Kreises Unna weiterhin aktiv gegen das Kohlekraftwerkes „Datteln IV“ einsetzt
- das bundesweite Verbot von „Fracking“ nicht wieder aufgehoben wird

- Anstrengungen unternommen werden, die regionalen Grünzüge im Biotopverbund zu renaturieren

- bei nicht zu verhindernden Industrieansiedlungen in den Nachbarkommunen ein Raumordnungsverfahren verlangt wird, in dem nicht jedes industrielle Großprojekt isoliert, sondern in einem raumordnerischen Gesamtzusammenhang mit bestehenden und neuen industriellen Anlagen bewertet werden muss

- die Stadt Selm, als „Stadt an der Lippe“ besonderes Augenmerk auf die Lippe legt und zusätzliche und vermeidbare Einleitungen in die Lippe verhindert, weil die Lippe bereits durch Grubenwasser und Altkraftwerke stark belastet ist

- durch Unterstützung von Bürgerinitiativen und politischen Gruppierungen in den Nachbargemeinden, angrenzenden Kreisen und Regierungsbezirken die Ansiedlung von Großindustrie an den Stadtgrenzen Selms verhindert wird

- die Region durch interkommunale Zusammenarbeit ohne falsches Konkurrenzdenken entwickelt wird (Gewerbeflächen, Freizeitangebote, Flächennutzungsplanung, Einzelhandelsentwicklung, Zusammenlegung von Ämtern)

- durch Selm keine Castor- und keine Uranhexafluorid-Transporte gehen, auch nicht als zum „Wertstoff“ umdeklarierte Transporte

- schnellstmöglich eine **lokale** Energiewende herbeigeführt wird, die den Ausstieg aus der Atom- und der fossilen Energie mit Energie-Einsparung und Umstieg auf erneuerbare Energien verbindet

- „insektenfreundliche“ Straßenlaternen angeschafft werden

- ein Baustellenmanagementkonzept umgesetzt wird (umweltverträgliche Baumaterialien, ökologisches Bodenmanagement, Minimierung zu entsorgender Baustellenabfälle durch konsequente Trennung und Wiederverwendung)

- keine Mittelkürzungen bei der freiwilligen Feuerwehr vorgenommen werden

- die Freiwillige Feuerwehr in Selm eine sachgerechte Ausstattung der Fahrzeuge, der persönlichen Schutzausstattung als auch der Feuerwehrhäuser entsprechend den aktuellen Standards und Normen erhält

- der Freiwilligen Feuerwehr in Selm ausreichende Aus- und Fortbildungen ermöglicht werden

- der Feuerwehrbedarfsplan stets die regionalen Besonderheiten der Stadt Selm und ihrer Feuerwehr berücksichtigt, um den hohen Motivationsgrad und die ausgesprochen gute Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr aufrecht zu erhalten

- durch eine entsprechende Personalpolitik bei der Stadtverwaltung die Tagesbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr ausgebaut wird, zum Beispiel durch eine gezielte Bevorzugung von Feuerwehrleuten bei Einstellungen

- Anreize erhöht und geschaffen werden, die das Ehrenamt „Freiwillige Feuerwehr“ attraktiver machen und die Wertschätzung dieses Ehrenamtes auch durch die Verantwortlichen der Stadt Selm gelebt wird

- die Anerkennung des Ehrenamtes bei den jeweiligen Arbeitgebern gefördert wird und die Freistellungen für Einsätze gewährleistet werden

- der Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Unna so umgesetzt wird, dass die gesetzlich vorgegeben Hilfsfristen in der Stadt Selm in über 90% der Einsätze auch erreicht werden

- der Rettungsdienst dementsprechend die Einsatzmittel vorhält, um eine adäquate Versorgung der Bürger*innen der Stadt Selm zu gewährleisten

- es für den Rettungsdienst einen Neubau geben muss, der dem Stand der Technik entspricht, den zu erwartenden Zuwachs der Notfallversorgung in der Zukunft berücksichtigt und damit das Fernbleiben der Rettungsmittel im Stadtgebiet aus organisatorischen Gründen entfällt

- der Rettungsdienst durch einheitliche Qualitätsvorgaben und -kontrollen optimiert wird, um gemeinsame Standards zu erreichen und somit eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Rettungsdienste des Kreises aber auch der Nachbarkreise zu ermöglichen

- die Stadt Selm sich dafür einsetzt, dass die auf Landesebene verhandelte Reform der Notfallversorgung transparent und kritisch diskutiert und reflektiert wird, damit dem Kreis Unna und somit auch der Stadt Selm keine Nachteile dadurch entstehen

2.2 Entwicklung zu einer ökologischen Stadt

Genau deshalb müssen Klimaschutz, Luftreinhaltung, Lärm-, Boden- und Gewässerschutz, Natur- und Landschaftspflege, Sicherung der Grünzüge und Schutz der dörflichen Gebiete bei Stadtentwicklung, Bauplanung und Baugenehmigung viel stärkere Berücksichtigung finden.

Denn das oberste Ziel einer klugen und nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik ist die Erhaltung und langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das bedeutet u.a. Frischluftschneisen zu erhalten und wo nötig, neue zu schaffen, unseren Boden nicht zu vergiften und die Wasserqualität zu verbessern. Um Energie zu sparen, sollten Heizungen durch Dämmung sowie Nutzung der aktiven und passiven Solarsysteme optimiert werden. Auch im Abfallbereich müssen neue Vermeidungs- und Verwertungsstrategien entwickelt werden. Mittelfristig sollte ein räumliches Beieinander von Wohnung, Arbeitsplatz, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten geschaffen werden.

Der **Ternscher See** ist Erholungs- und Freizeitschwerpunkt. Die AG „Ternscher See“ überplant den vorhandenen Campingplatz auf der Südseite mit der Zweckbestimmung „Camping- und Wochenendplatz“. Ein Fuß- und Radweg ist Teil eines geplanten Rundweges um den See. Eine Erschließung dieses Weges von der Römerstraße parallel zum Selmer Bach ist inzwischen gebaut. Eine weitere Wohnbebauung, zum Beispiel auf der Nordseite, wird abgelehnt.

Für eine sozial gerechte und klimafreundliche sowie bezahlbare Wohnungspolitik wird sich die UWG einsetzen. Durch planerische Festsetzungen sollten **Wohnprojekte** gefördert und angesiedelt werden, wie z.B. ökologisches Wohnen im Passivhaus mit hauseigenem Carsharing und nachbarschaftlicher Unterstützung durch altersgemischte Bewohner*innen.

Selm sollte nicht die Stadt der sogenannten 4. Generation (der alten Menschen) werden, aber der Wohnraum in Selm muss altersgerecht und barrierefrei sein. Die Stadt braucht eine bedarfsgerechte Infrastruktur in Bezug auf Wohnen, Einkaufen, Arbeiten, Freizeit und Mobilität, die niemanden ausschließt.

Die Wohnungsunternehmungen müssen als Bündnispartner der Stadt arbeiten, die Wohnungsbestände nicht vernachlässigen und Problemquartiere nachhaltig sanieren sowie Programme und Beratungen anbieten, zum „Wohnen im Ortskern“ und „Wohnen im Alter“ und dabei für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Angesichts des demografischen Wandels ist es höchste Zeit eine sparsame und ökologisch ausgerichtete Ausweisung von neuen Wohngebieten vorzunehmen. Kommunale nachhaltige Wohnungspolitik muss sich in erster Linie um den Bestand kümmern und zuerst nutzen was da ist.

Beim neuen Baugebiet „**Wohnen am Auenpark**“ konnte die UWG nicht durchsetzen, dass ökologisch sinnvolle, zukunftsweisende Vorgaben und Standards verbindlich festgelegt wurden. Gründächer, Gartengestaltung, PV- und Solaranlagen, Wärmepumpen, Lärmschutzmaßnahmen, Regenwasserzisternen etc. sollten zur ökologischen Aufwertung aller neuen Baugebiete beitragen. Natürlich brauchen neue Baugebiete auch den modernsten Datenanschluss, aber auch für „Carsharing“, „Mitfahr-App“, Flatrate-Mieten, Mieterstrom-Modelle, Lade-Säulen etc. muss intensiv geworben werden.

Als „**Fairtrade-Town**“ sollte Selm auch die eigene öffentliche Beschaffung nach nachhaltigen Kriterien ausrichten. Aufgrund des enormen Nachfragevolumens der öffentlichen Verwaltungen, kommt der öffentlichen Beschaffung bundesweit eine Schlüsselrolle in der Verfolgung von Umweltschutz und Menschenrechten zu. Diese wichtige Rolle wird auch in den Globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals,

SDGs) herausgestellt und als wichtiges Kriterium benannt, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12) zu schaffen. Nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ist die öffentliche Beschaffung außerdem ein wichtiges Handlungsfeld bei der Verpflichtung des Staates, die Menschenrechte zu schützen.

Die konsequente Einforderung von menschenrechtlichen und ökologischen Kriterien hätte zudem unmittelbare Auswirkungen auf die Unternehmenspolitik der Lieferant*innen und auf die ökologische und soziale Qualität der Produkte und der Produktion. Darüber hinaus kann die öffentliche Hand mit einer global verantwortlichen Beschaffung zu einem wachsenden Angebot, einem größeren Marktanteil und niedrigeren Preisen fair produzierter Produkte beitragen. Mit der aktuellen Fassung des Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG-NRW) vom März 2018 können die kommunalen Vergabestellen freiwillig Nachweise und Zertifikate zu sozialen und ökologischen Standards einfordern. Damit besteht die Möglichkeit im Vergabeverfahren, konkret und wirkungsvoll soziale und menschenrechtliche Aspekte und den Schutz der Umwelt zu verankern.

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- mit den vorhandenen Freiflächen sorgsam umgegangen und Bodenversiegelung begrenzt wird
- die Entwicklung der Bebauungspläne unter Berücksichtigung von Anwohner- und Naturschutzbelangen durchgeführt werden und die Stadtentwicklung generell nach ökologischen Gesichtspunkten also innovativ, nachhaltig energieautark etc. ausgerichtet wird und dabei die Ausweisung von privilegierten Flächen (Solar, Windkraft, Biomasse) erfolgt

- notwendige Gewerbegebiete ökologisch gestaltet und in die Umgebung eingepasst werden
- Wohnbauflächen für junge Menschen entwickelt werden und bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird
- für neue Baugebiete Klima-, Energie- und Entsorgungskonzepte erarbeitet und diese Maßnahmen dann verbindlich in die Bebauungspläne festgesetzt werden
- Innenentwicklung durch Baulückenschließung, Modernisierung im Bestand, Nachnutzung nach Leerstand gefördert wird
- Bauwillige in Sachen ökologisches Bauen besser beraten werden und ökologisches Bauen von der Stadt Selm besonders gefördert wird (Förderung aus den Verkaufserlösen städtischer Grundstücke für z.B. Regenwasserversickerung, Sonnenkollektoren, Dachbegrünungen, Minimierung der Versiegelung etc.)bei Sanierungen Hilfen für die energetische Sanierung angeboten werden
- bei neuen Baugebieten bereits über die Bebauungspläne eine dezentrale Energieversorgung mit kleinen Blockheizkraftwerken und Groß-Zisternen geplant werden
- Solarthermie und Regenwassernutzung bei Neubauten zur Pflicht werden und Passivhaus - Standard erläutert und aktiv beworben wird
- zusätzlich über städtebauliche Vorschriften der Klimaschutz im Gebäudebereich gefördert wird (Materialien, Fassadengestaltung, Baudichte)

- Blockheizkraftwerke bei der Erneuerung der Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden eingebaut werden
- ökologisch produzierter Strom für städtische Liegenschaften bezogen wird. (Dazu haben wir mehrfach den Antrag gestellt, Strom für die städtischen Gebäude ausschließlich aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Diese Anträge wurden von der GroKo abgelehnt.)
- die Handlungsempfehlungen des Stadtökologischen Gutachtens, wie Sicherung und Erhalt von Parkanlagen, Biotopverbund Selmer Bach, ökologische Aufwertung von verschiedenen Grünflächen, Freiraumentwicklung zwischen Bork und Selm, Schritt für Schritt weiter umgesetzt werden
- Anlegen innerstädtischer Blühstreifen zur Biotopvernetzung und als umweltfreundliche „Insektenwiesen“ deutlich ausgeweitet wir
- für Hunde sichere Auslaufflächen bereit gestellt werden
- Lippe, Selmer Bach, Funne u.a. Gewässer in Selm sauberer, ökologisch verbessert und dadurch sicherer werden
- die Insel des ehemaligen Mühlengrabens im Bereich Haus Dahl / Bartling an der Lippe für die Wasserkraftnutzung wieder genutzt wird
- ein Beschaffungswesen betrieben wird, das der Nachhaltigkeit, sozialen Gerechtigkeit und fairen Preisen (abfallarme, plastikfreie, ressourcenschonende öffentliche Beschaffung) verpflichtet ist, z.B Cradle-to-Cradle-Produkte

- die internationale Kampagne „Fairtrade-Stadt“ (seit Februar 2014 ist Selm Fairtrade-Stadt) weiterhin aktiv unterstützt und mit Leben gefüllt wird, indem die Stadt sowohl personelle als auch finanzielle Ressourcen hierfür zur Verfügung stellt

- Fairtrade zum Standard öffentlicher Beschaffung wird (z.B. bei der Dienstkleidung der Feuerwehr oder den Stadtwerken sowie bei IT-Produkten der Verwaltung)

- die Pflege der städtischen Grünanlagen nach ökologischen Kriterien durchgeführt wird und nicht ständig reduziert wird

- der „Masterplan“ für alle Stadtteile kritisch-konstruktiv begleitet wird

- neue Baugebiete nicht unter Hochspannungsleitungen geplant werden

- die Bürger*innen vor Standortentscheidungen für Mobilfunksendeanlagen umfassend informiert werden

- ältere Menschen selbständig in vertrauter Umgebung bleiben können und nicht in Randlagen gedrängt werden (Sie wollen nicht auf der „grünen Wiese“ leben, sondern am Leben teilhaben.)

- „Problemimmobilien“ bevorzugt renoviert und restauriert und nicht nur bedingungslos abgerissen werden

- bei öffentlichen Ausschreibungen von Bauvorhaben darauf geachtet wird, dass die Vertragspartner nach Möglichkeit nachhaltige und fair gehandelte Materialien verwenden (z.B. zertifiziertes Holz, zertifizierter Naturstein)

- der Einzelhandel in Selm aufgefordert und unterstützt wird, fair gehandelte Produkte anzubieten und darauf aufbauend ein Einkaufskompass fair gehandelter Produkte erstellt wird

- bei städtischen Veranstaltungen Einweg-Plastik vermieden wird und Strategien zur Plastikvermeidung erarbeitet werden (z.B. keine Plastik in Schulkantinen und Aufklärungsarbeit in Schulen und Kitas)

- die Abfall- und Wertstoffwirtschaft ökoeffizient weiterentwickelt wird. Hierzu zählt insbesondere, dass Mehrwegsysteme gefördert werden und auf dem Wertstoffhof weitere recyclingfähige Wertstoffe (wie z.B. Kronkorken, Alufolie, DVDs, Plastikschraubverschlüsse, Flaschenkorken etc.) getrennt gesammelt und anschließend verwertet werden

- zudem die Öffnungszeiten des Wertstoffhofs (wie in Corona-Zeiten erfolgt) nutzerfreundlich verlängert werden

- alle Selmer Haushalte (auch die Eigenkompostierer) die Biotonne verpflichtend nutzen sollen

- Bürgerbewegungen zum Sammeln von Müll unterstützt werden

2.3 Förderung umweltverträglicher Mobilität

Verkehr ist mehr als Auto fahren. Unter Freiheit verstehen wir aber auch die Freiheit der Verkehrsmittelwahl. Sie ist heute durchaus nicht immer gewährleistet. Dies gilt insbesondere für den öffentlichen Personennahverkehr bei Berufspendlern und im Ortsverkehr.

Weiterhin müssen Umweltschutz und Umweltverträglichkeit bei allen verkehrspolitischen und verkehrsplanerischen Entscheidungen der Stadt Selm oben anstehen. Eine zivilisierte Verkehrskultur ist nicht nur ein Problem der individuellen Einstellung, sondern der politischen und planerischen Rahmenbedingungen. Weitere Einschränkungen bzgl. des Angebotes darf es nicht geben.

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- das Konzept „Fahrradfreundliche Stadt“ umgesetzt und weiterentwickelt wird (Ratsbeschluss)
- weitere Fahrradstraßen - vor allem im Bereich von Schulen und Kindergärten – angelegt und im ganzen Stadtgebiet ausgebaut werden
- Fuß- und Radwege deutlich ausgebaut werden
- eine Verdoppelung der Bus- und Bahnnutzenden angestrebt und ein Bürgerbussystem im Stadtgebiet Selm eingerichtet wird
- eine Taxiversorgung „von Haus zu Haus“ durch die VKU eingerichtet wird

- die von der GroKo abgeschafften Taxibuslinien wieder eingesetzt werden
- der Nachtbusverkehr verbessert wird
- die Taktfrequenz der Züge und Busse nach Dortmund und Münster optimiert wird (halbstündige Verbindung Dortmund - Coesfeld bzw. Enschede)
- durch eine Linienverlegung der R19 / D19 das Neubaugebiet „Wohnen am Auenpark“ und zusätzlich auch das Römergebiet und der Sandforter Weg einbezogen werden
- der Schienenausbau der Strecke Münster-Lünen weiterhin vehement als wichtigste Verbindung zwischen Hamburg und Dortmund und als zentrale Infrastrukturmaßnahme auch für Selm gefordert wird
- kürzere Übergangszeiten am Hauptbahnhof Lünen zum Schienenverkehr nach Münster erreicht werden
- auch die Haltepunkte in Selm und Bork attraktiv gestaltet werden, z.B. durch Bahnsteiganhebungen, um Behinderten und Senior*innen eine bessere Zu- und Einstiegshilfe zu gewährleisten
- der öffentliche Personennahverkehr effizienter wird (keine Reduzierung, sondern Ausbau des Leistungsangebotes im ÖPNV)
- eine regelmäßige Busverbindung Selm – Waltrop, mit Anbindung an den Borker Bahnhof, eingerichtet wird
- Selm im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) aufgenommen wird

- bei der Umsetzung der Regionalisierung der Bahn die Bedürfnisse der Selmer Bevölkerung nicht den Kreis- oder sonstigen Interessen geopfert werden

- Straßenneuplanungen wirklich die allerletzte Möglichkeit darstellen, Verkehrsprobleme zu "lösen"

- bei jeglicher Verkehrsplanung die besondere Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Schulwege gerichtet wird

- Energie sparen auch im Verkehrsbereich umgesetzt wird, z.B. durch Einrichtung von Kreisverkehren und ampelfreien Kreuzungen in Schwachverkehrszeiten

- Verkehrssicherheit oberste Priorität genießt (verkehrsregelnde, bauliche Maßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, sicher gestalteter Straßenraum, Sicherheitsanalyse etc.)

3 Wirtschaft – Finanzen – Arbeit

„Die Kreativität der Menschen ist das wahre Kapital.“

(Joseph Beuys)

Die dritte Säule unserer politischen Arbeit stellen die kommunale Wirtschaftspolitik, die städtische Finanzsituation sowie der Arbeitsmarkt dar. Die Berücksichtigung ökonomischer Zusammenhänge ist neben der Umsetzung einer sozialen Familienpolitik sowie der Beachtung ökologischer Themenfelder unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen und generationsübergreifenden Politik.

Nach unserem Politikverständnis gehört zur Wirtschaftspolitik in Selm, neben einer **regionalen Wirtschaftsförderung,** eine **solide und vor allem gerechte Haushaltskonsolidierung** sowie eine engagierte **Entwicklung und Förderung des Arbeitsmarktes**.

Vor 24 Jahren wurde die Gründung der Stadtwerke durch die CDU verhindert und ein Strom-Konzessionsvertrag mit RWE bis 2016 abgeschlossen. Allein durch diese Verhinderung der Stadtwerke fehlen der Stadt heute **über 35 Millionen Euro** Einnahmen. In Bezug auf die Gründung von Stadtwerken hat die UWG „dicke Bretter“ gebohrt, denn inzwischen ist es gelungen, mit einem einstimmigen Ratsbeschluss die Gründung von Stadtwerken durchzusetzen. Grundlage dazu war das Auslaufen der mit Gelsenwasser geschlossenen Wasser- und Gaskonzessionsverträge.

Als Partner der Stadtwerke wurde die Firma Remondis gefunden, so dass direkt mit der Entsorgung begonnen werden konnte. Es ist allerdings bisher nicht gelungen, das Unternehmen Gelsenwasser zu einem Verkauf der Netze zu bewegen. Gelsenwasser verhindert bisher mit gerichtlichen Mitteln die Herausgabe des Trinkwassernetzes.

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- die **Stadtwerke Selm** nachhaltig und ökologisch weiterentwickelt werden
- die Wasserversorgung mehrheitlich in städtische Hand überführt wird
- gerechtere Straßenreinigungsgebühren erhoben werden
- die Überarbeitung der Abfallsatzung im Sinne von mehr Umweltschutz- und Ressourcenmanagement erfolgt
- bei Neuausweisung von Bauland in Selm die Stadt finanziell deutlicher profitiert. Dazu sollen die Eigentümer der Flächen mehr als die vorgesehenen 25 % abgeben (Änderung der 25 % Regel)
- vor Neuausweisung von Bauland Immobilienspekulation verhindert wird und die Eingriffsrechte der Kommune gestärkt werden
- digitale Infrastruktur durch hochleistungsfähigen Breitbandanschluss gewährleistet wird

3.1 Regionale Wirtschaftsförderung

In letzter Zeit ist es im Bereich der Werner Straße zu enormen Ansiedlungen von Gewerbe gekommen, und durch eine Umwidmung des Flächennutzungsplanes wird sich dort ein weiterer Großbetrieb ansiedeln können. Inzwischen sind deshalb lt. Flächennutzungsplan Gewerbegebietsreserven gering geworden, und für Selm werden z. Zt. keine weiteren neuen Gewerbegebiete vorgesehen. Auch im Gewerbegebiet „Dieselweg“ gibt es inzwischen nur noch wenige freie Grundstücke.

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken eine sorgfältige Auswahl getroffen wird und nicht Grundstücke um jeden Preis (weil es die Haushaltslage verlangt) vergeben werden.
- Industrie- und Gewerbebrachflächen wieder genutzt werden
- eine ganzheitliche und nachhaltige Wirtschaftsförderung betrieben wird, in der die Grundsätze der Ökologie, d.h. moderates Wachstum ohne willkürliche Naturzerstörung, berücksichtigt werden
- die Region durch interkommunale Zusammenarbeit mit benachbarten Städten und Gemeinden, Kreisen und Regierungsbezirken entwickelt wird (gemeinsame Planung von Gewerbeflächen, Flächennutzungsplänen, positive Einzelhandelsentwicklung im Einklang mit dem bestehenden Einzelhandel etc.)
- neben der Neuansiedlung von Betrieben, Geschäften und Dienstleistern zur Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes und zur Steigerung der Attraktivität der Selmer Geschäftswelt auch eine qualifizierte Betreuung der bestehenden Betriebe gewährleistet wird

- eine qualifizierte Infrastruktur mit weichen Standortfaktoren für Unternehmen und Betriebe geschaffen wird. Dazu gehören auch soziale Standards wie ganztägige Kinderbetreuung für alle Kinder, vor allem auch im U3-Bereich

- Anstrengungen unterstützt werden, um in Bork einen weiteren „Frischemarkt“ zu etablieren und der Dorfladen in Cappenberg erhalten bleibt

- das Gastronomieangebot in allen Ortsteilen der Stadt Selm verbessert wird bzw. erhalten bleibt

- das Forschungs- und Technologiezentrum Ladungssicherheit (LaSiSe) in Bork weiterentwickelt wird. Zudem sollte der nicht von Kampfmitteln geräumte und eingezäunte Bereich der Muna vollständig der Verwertung entzogen und stattdessen der Natur überlassen werden

- ein Regelungsrahmen für den Einsatz von bemannten, unbemannten und autonomen Drohnen im städtischen Räumen entwickelt wird

3.2 Solide und gerechte Haushaltskonsolidierung

Dank steigender Steuereinnahmen und niedriger Zinsen hat sich die Finanzlage der Stadt **etwas** entspannt. Auch die Zuschüsse des Landes, die durch die Zwangsverpflichtung als Stärkungspaktkommune geflossen sind, haben dazu beigetragen, dass Selm seit 2016 **bilanztechnisch** einen ausgeglichenen Haushalt vorzeigen kann und dass Kassenkredite teilweise abgebaut werden konnten. Trotz alledem ist in den letzten 10 Jahren der Gesamtschuldenstand der Stadt bis Ende 2020 auf über 103 Millionen € angestiegen.

Deshalb bedeutet die aktuelle Finanzsituation keine nachhaltige Verbesserung: Weder konnte das Altschuldenproblem noch der Investitionsstau aufgelöst werden. Auch von der guten Konjunktur und den wachsenden Einnahmen profitieren Städte wie Selm kaum, es bleibt kein Spielraum! Investitionen und vernachlässigte Investitionen sind nur mit neuen Investitionskrediten möglich. Kredite, die Selm nicht aus eigener Kraft tilgen können wird.

Der Bund hat Bereitschaft signalisiert, beim Ablösen kommunaler Altschulden zu helfen, es gibt aber weder eine konkrete Lösung noch einen Fahrplan. Die Bundesregierung schiebt das Problem auf die lange Bank. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, das kann man an den hohen Gebühren in Selm gut erkennen, ist auch nur ein Lippenbekenntnis der Regierung.

Wir machen uns für die Unterstützung von strukturschwachen Regionen (Selm und der Kreis Unna) stark und fordern einen solidarischen Pakt unserer Landesregierung. Alle Regionen müssen lebenswert werden. Dazu gehören schnelles Internet, ärztliche Versorgung und umweltfreundliche Mobilität.

Die Stadt wird sich aber darauf einstellen müssen, dass noch schlechtere Zeiten kommen. Bis dahin sollten finanzielle Spielräume, oft unterstützt durch Fördergelder, genutzt werden.

Neue wichtige Projekte wie **nachhaltiger Klimaschutz** und professionelle **Digitalisierung** stellen zudem neue Herausforderungen dar. Dabei muss der digitale und technologische Fortschritt human gestaltet werden, d.h. Entscheidungen müssen von Menschen getroffen werden – nicht von Algorithmen. Denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck! Es geht vielmehr darum, sie zum Wohle der Menschen zu gestalten. Transparenz, Medienkompetenz, Teilhabe, Zugang zu Wissen und Bildung, Datenschutz und Bürgerbeteiligung sind wichtige Grundpfeiler der Informationsgesellschaft, die auch auf kommunaler Ebene berücksichtigt werden müssen.

Die mehr als ausgelastete Bauwirtschaft erschwert mit überhöhten Preisen die kommunalen Bauvorhaben und die öffentliche Infrastruktur. Eine nicht mehr zeitgemäße Infrastruktur ist jedoch eine ebenso schwere Hypothek für die Zukunft. Die UWG befürwortet daher trotz angespannter Haushaltslage Investitionen in sinnvolle, nachhaltige Projekte!

Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- die Hebesätze der Grundsteuer A und B auf ein durchschnittliches Maß zurückgesetzt werden
- Bund und Land dazu aufgefordert werden, kommunale Altschulden zu übernehmen
- Bund und Land aufgefordert werden, für „gleichwertige Verhältnisse“ zu sorgen
- Bund und Land aufgefordert werden, einen „Pakt“ für strukturschwache Kommunen zu schließen
- das Abrufen von Fördertöpfen (EU, Bund und Land) intensiviert wird, um Finanzmittel für unsere Stadt einzuwerben
- die zu erwartenden Steuerausfälle durch die „Corona-Krise“ von Bund und Land getragen werden

3.3 Entwicklung und Förderung des Arbeitsmarktes

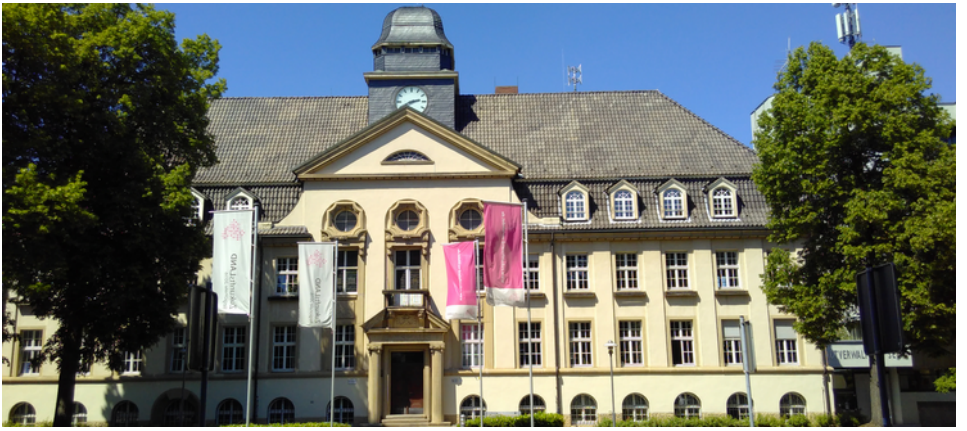
Die gute Nachricht: Die Arbeitslosigkeit ist im Bezirk Hamm im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Die schlechte Nachricht: Diese Entwicklung ist womöglich nicht von Dauer.

Nach den Zahlen der Agentur für Arbeit hat sich der Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr in der Stadt Selm günstig entwickelt. Die Arbeitslosenquote sank auf rund 7 Prozent. In der Stadt Selm sind heute (Frühjahr 2020) rund 850 Menschen arbeitslos, wobei fast 300 Menschen zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen zählen (Herbst 2013 1.200 und 500) und 15 junge Menschen unter 20 haben noch keine Arbeits- bzw.- Ausbildungsstelle gefunden (Herbst 2013 waren es noch 110).

Wie lange diese positive Entwicklung anhält, weiß man nicht, und Langzeitarbeitslose profitierten von dem positiven Trend kaum. Deshalb muss oberstes Kriterium kommunaler Arbeitsmarktpolitik weiterhin die Erhaltung bzw. **Schaffung von Arbeitsplätzen** sein und weiterhin eine qualifizierte Beratung der Arbeitssuchenden, der Neugründer*innen und der bestehenden Betriebe stattfinden.

Zudem ist der Arbeitsmarkt gespalten: Gut ausgebildeten Menschen bietet er viele Möglichkeiten, während er für Geringqualifizierte nur wenig Chancen bereithält. Es müssen daher im Jobcenter die strukturellen Probleme angegangen werden. Wir brauchen eine nachhaltige Förderung und mehr Qualifizierungsangebote, die die Betroffenen weiterbringen.

Die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten, die zu uns gekommen sind, ist eine komplexe und wichtige Aufgabe. Die UWG setzt sich dafür ein, dass mehr und mehr die Chancen neu gewonnener, junger Arbeitskräfte gesehen werden. In Zeiten, in denen politische Scharfmacher versuchen, Keile in die Gesellschaft zu treiben und eine Neiddebatte schüren, ist eine an **Teilhabe und Integration** ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik wichtig für unser Zusammenleben und für unsere Demokratie.



Die UWG setzt sich konkret dafür ein, dass

- eine qualifizierte Beratung der Arbeitssuchenden, der Neugründer*innen und der bestehenden Betriebe stattfindet
- der Schwerpunkt der Beratung auf Schaffung von Ausbildungsplätzen beruht
- eine spezielle Förderung und Qualifizierung arbeitsloser Jugendlicher vorgenommen wird, um eine Integration benachteiligter Jugendlicher zu erreichen
- Menschen in für sie passende Arbeitsstellen gebracht werden, wobei sowohl der erste als auch der zweite Arbeitsmarkt in Frage kommen
- Projekte gefördert werden, die von Arbeitslosigkeit betroffene Familien niedrigschwellig ansprechen und beraten
- Projekte entwickelt werden, die individuelle und passgenaue Förderstrategien für Langzeitarbeitslose beinhalten
- ein öffentlicher, verlässlich finanzierter, sozialer Arbeitsmarkt, der Beschäftigung und Teilhabe schafft, eingerichtet wird
- geringqualifizierten Menschen, Migranten oder ältere Menschen verstärkt Weiterbildungsmaßnahmen und Qualifizierungsmöglichkeiten angeboten werden sollen
- die Jobcenter nicht vom Bund strukturell unterfinanziert werden
- durch eine Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten zielgenaue Arbeitsmöglichkeiten angeboten und geschaffen werden

Nachwort

> *„Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat.“*
>
> *(*Albert Einstein*)*

Dieses Programm wurde von den Mitgliedern der UWG Selm e.V. im Frühjahr 2020 erarbeitet, diskutiert und verabschiedet. Es bildet für die nächsten 5 Jahre die **Leitlinie** der UWG-Kommunalpolitik in Selm. Alle Kandidat*innen der UWG Selm werden sich dafür einsetzen, dass die in ihm enthaltenen Ziele und Maßnahmen so weit wie möglich verwirklicht werden.

Dieses Programm ist **vor bzw. während** der Corona-Pandemie erarbeitet worden. Welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf das UWG-Programm und seine Umsetzungsmöglichkeiten haben wird, lässt sich heute – im Frühjahr 2020 – noch nicht ab- und einschätzen.

Obwohl der kommunalpolitische Handlungsspielraum sehr begrenzt ist, können Sie bei der Lektüre unseres Programms wesentliche Unterschiede zu den Mitbewerbern feststellen. Wir legen besonderen Wert darauf, dass wir mit diesem umfassenden Programm die vergangenen und anstehenden Problemfelder unserer Stadt beschreiben und entsprechende Lösungen vorschlagen.

Wir sind darüber hinaus immer und zu jeder Zeit offen für neue, gute Ideen. Dieses unterscheidet uns auch wesentlich von den Parteien, die zwar immer wieder betonen, das Beste für die Stadt zu wollen, aber letztlich doch ihrer Parteilinie treu sein müssen.

Für die kommende Wahlperiode hat die UWG wieder - gemäß unserer Wahlordnung - Kandidat*innen zur Wahl aufgestellt, die einen guten Mix aus jung und alt, Mann und Frau sowie eine angemessene Berücksichtigung aller Stadtteile darstellen.

Bei den Diskussionen und Beschlüssen über die drastischen Steuer- und Abgabenerhöhungen, den Schuldiskussionen, einer nachhaltigen Stadtentwicklung, über notwendige Klimaschutzprojekte sowie den Umgang mit Bürgerbegehren, dem Vorhalten von qualifizierten Betreuungsformen oder auch bei der Aufstellung ökologischer Bebauungspläne konnte man feststellen, wie ernst die beiden so genannten Volksparteien die Ängste und Sorgen der Bevölkerung nehmen.

Hier in Selm durch kommunale Steuererhöhungen die Staatsschulden den Bürger*innen aufzubürden, während die große Politik draußen das Geld zum Fenster rauswirft, ist jedenfalls mit der UWG nicht zu machen.

Wir wissen, dass einige unserer Vorschläge Geld kosten. Wir denken aber, dass durch ein vernünftiges und durchdachtes Personalmanagement, in Verbindung mit zu erwartenden Einnahmen, z.B. durch den Betrieb der Stadtwerke oder dem erhöhten Abschöpfen bei Baulandausweisungen viele Vorschläge in der Zukunft zum Wohle unserer Stadt weiterhin umgesetzt werden können.

UWG
UNABHÄNGIGE
WÄHLER
GEMEINSCHAFT SELM E.V.

Liebe Menschen in Selm und im Kreis Unna,

bitte unterstützen und vertrauen Sie unseren Kandidat*innen in ihren Wahlbezirken am 13. September 2020 … und danach ...

Wechsel zu einer besseren Politik in Selm

GROKO ABLÖSEN

NACHHALTIGKEIT EINLÖSEN

UWG

UNABHÄNGIGE
WÄHLER
GEMEINSCHAFT SELM E.V.

www.uwg-selm.de